Bezugsgebühr
vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75.
[illegible]
Anzeigentarif.
[illegible]
Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Photographische Apparate
in reichster Auswahl bei
Emil Wünsche
Aktienges. f. phot. Industrie.
Moritzstr. 20
(Ecke Gewandhaus-, Nähe König-Johannstrasse).
Fabrik: Reick bei Dresden.
Filialen:
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Breslau, München, Hamburg, Bodenbach i. B.
Ausführl. Preislisten nach auswärts geg. 30 Pf. in Briefmarken.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle

Max: Kunath
Wallstr. 8

Weihnachts-Neuheiten
in
Photographie-Albums, Damentaschen, Portef.-Waaren
empfiehlt
Bernhard Rüdiger
Wilsdruffer Strasse 3.

Atelier für feine
Corsets
nach Maass.
Grosses Lager von Paris und Brüssel.

Heinrich Plaul
Hoflieferant
Wallstr. 25

Geradehalter verbesserter Konstruktion gegen runden Rücken und schlechte Körperhaltung, besonders für Schulkinder und alle, welche sich eine schlaffe Körperhaltung angewöhnt haben, fertigt preiswerth
Carl Wendschuch, Struvestrasse 11.

Nr. 345. Spiegel: Etatsberathung im Reichstag. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Gesammtrathssitzung, Weihnachtsschau, Gerichtsverhandlungen. Kammermusikabend. | Muthmaßl. Witterung: Frost. | Mittwoch, 13. Dezember 1899.

Der erste Tag der Etats-Debatte.

Die hohe Spannung, mit der die öffentliche Meinung im Reiche den Beginn der Etatsberathungen erwartet hatte, hat durch die Vorgänge am Montag keine Ableitung erfahren. Statt daß die Redner der politischen Parteien vorgeschickt wurden, um die Regierung wegen ihrer Haltung gegenüber den brennenden Tagesfragen in ein parlamentarisches Kreuzfeuer zu nehmen, erhob sich am Bundesrathstische einer der dort sitzberechtigten hochmögenden Herren nach dem andern und gab dem Reichstage rednerische Delikatessen zu kosten, bis dieser, des Spieles mit vertauschten Rollen müde, die Erörterung auf 24 Stunden kurzer Hand vertagte, um den Mitgliedern des Hauses Gelegenheit zu geben, sich in die eigenartige Situation hinein zu finden. Es ist jedenfalls ein bemerkenswerthes parlamentarisches Novum, daß das Haus bei dem Eintritt in die Generalberathung des Etats von vier ministeriellen Rednern zugleich „unter den Schatten einer einzigen Gesetzesvorlage gerückt wird, die noch nicht einmal dem Reichstage vorliegt". Mit dem ungewöhnlich starken rednerischen Eingreifen von oben her stimmte auch im Anfange der Sitzung die äußere Erscheinung des Hauses überein, indem die Vertreter des Bundesraths in erheblicher Anzahl zur Stelle waren, während die Bänke der Abgeordneten klaffende Lücken aufwiesen. Der Eintritt in die Tagesordnung — die Erklärung des Freiherrn v. Bülow über das Samoa-Abkommen wurde vorher abgegeben — erfolgte von Seiten des Schatzsekretärs Freiherrn v. Thielmann durch die übliche Auseinandersetzung über die Finanzlage des Reiches, die Besonderes nicht bot. Später ergriff der Schatzsekretär dann noch einmal das Wort, um in der Frage der Flottenkosten einen tröstlichen Ausblick in die Zukunft zu geben in dem Sinne, daß Mehreinnahmen und Anleihen hinreichen würden, um den gesammten Aufwand für die nächsten 1½ Jahrzehnte zu decken. Bezeichnender Weise wurden indessen diese erneuten Darlegungen des Schatzsekretärs mit „ungeheurer Heiterkeit" vom Hause aufgenommen, in die Herr v. Thielemann sich mit gutem Humor zu schicken verstand. Nachdem alsdann der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe im Namen der verbündeten Regierungen die beabsichtigte wesentliche Erhöhung des Flottensollbestandes angekündigt und das Haus sich inzwischen gefüllt hatte, ergriff der Staatssekretär des Auswärtigen Graf v. Bülow das Wort zu einer hochpolitischen Beleuchtung der internationalen Lage und gab mit seinen Ausführungen dem Tage das Relief.

Das Bild, das Graf v. Bülow von unserer auswärtigen Politik entwarf, wies drei große Grundzüge auf: die Nothwendigkeit der energischen Aufrechterhaltung der deutschen Weltmachtstellung, die Betonung des unverändert friedlichen Charakters der deutschen Ziele und Bestrebungen, sowie den Hinweis auf den europäischen Schwerpunkt unserer Lage, der auch durch die von den Umständen gebotene maritime Ausdehnung keinesfalls verrückt werden dürfe.

Die Folgerung aus dem ersten Gegenstande seiner Darlegungen zog der Staatssekretär des Auswärtigen dahin, daß wir uns eine Flotte schaffen müssen, stark genug, um jeden Angriff auszuschließen. „Was wir jetzt versäumen, wenn wir drei Jahre oder mehr vorübergehen lassen, ohne uns eine solche Flotte zu schaffen, das werden wir nicht wieder einbringen können," erklärte der Herr Staatssekretär mit scharfer Bestimmtheit und begründete diese Meinung nicht nur mit den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit, die uns die Unerläßlichkeit einer angemessenen Flottenvermehrung klar vor Augen geführt haben, sondern bezog sich auch in vielsagender Form auf die Möglichkeiten der Zukunft, die sich daraus ergeben, „daß die Dinge auf der Welt in einer Weise in Fluß gerathen sind, die vor zwei Jahren Niemand voraussehen konnte". Es ist jedenfalls geeignet, Nachdenken zu erregen, wenn Graf v. Bülow bei der Aufzählung der die Welt neu bildenden Faktoren von Rußland erklärte, daß es „seinen Siegeslauf in Asien vollendet" habe, und im unmittelbaren Anschluß daran die Aeußerung that, „Niemand könne sagen, welche Folgen der Krieg haben werde, der seit einigen Wochen Südafrika in Flammen setzt". Man empfindet eine gewisse Beimischung von bisher nicht gewohnter Sorge in Bezug auf die friedliche Weiterentwickelung der internationalen Lage in den Worten des Staatssekretärs, wenn er die Möglichkeit, daß jeder Tag unvorhergesehene Ereignisse bringen kann, stärker als bisher hervorhebt und dem Wunsche, daß die Zukunft friedlich sein möge, die Ungewißheit der Erfüllung dieses Wunsches unter Bezugnahme auf die besonderen Zeitverhältnisse gegenüberstellt. Die Andeutungen und Warnungen des Herrn Staatssekretärs nach dieser Richtung sind gewiß geeignet, die Stimmung zu Gunsten der Flottenvorlage in allen einsichtigen Kreisen zu verstärken und dem patriotischen Appell des Grafen v. Bülow an das deutsche Volk, die jetzt noch für uns günstige internationale Lage auszunutzen, um Sicherung für die Zukunft zu erlangen, allseitiges Gehör und opferwillige Befolgung zu gewährleisten.

Gleichzeitig mit der energischen Befürwortung der Flottenverstärkung zum Zwecke des Schutzes der deutschen Weltmachtstellung unterließ der Staatssekretär es nicht, den unverändert friedlichen Charakter der deutschen Politik festzustellen. Er that das in einer Form, die vernünftiger und ehrlicher Weise jeden Zweifel an der Loyalität unserer friedlichen Versicherungen auch bei dem uns nicht wohlwollenden Theil des Auslandes ausschließen mußte. Direkt an die Adresse des Auslandes wendete sich der Staatssekretär mit den Worten: „Die deutsche auswärtige Politik — das sage ich nicht blos für dieses hohe Haus — ist weder habgierig noch unruhig, noch phantastisch. Wenn sie die deutschen Interessen überall mit ruhigem Ernste wahrnimmt, so ist sie doch andererseits weit entfernt, den Rechten und Interessen Anderer zu nahe treten zu wollen." Wenn man bedenkt, in welcher grenzenlos frivolen Weise von englischer Seite der Krieg in Südafrika heraufbeschworen worden ist, so berührt es doppelt wohlthuend, daß von verantwortlicher deutscher Stelle die Eigenschaft des Deutschen Reiches als einer sittlichen Friedensmacht, deren ganze Politik von einem so hohen Verantwortlichkeitsgefühl getragen wird, daß sie den Kriegsfall überhaupt nur als Vertheidigung gegen einen fremden Angriff in Betracht zieht, auf's Neue in helle Beleuchtung gerückt wird.

Die Erörterung unserer friedlichen Beziehungen zu den fremden Staaten gab dem Herrn Staatssekretär Gelegenheit, auch unser Verhältniß zu England und Frankreich-Rußland kurz zu berühren. Hier verdient anerkannt zu werden, daß der verantwortliche Leiter unserer auswärtigen Angelegenheiten seine Worte so sorgfältig abgewogen hat, daß aus diesem Anlaß wenigstens — von sonstigen Ereignissen der jüngsten Zeit abgesehen — eine Mißdeutung unserer Stellung gegenüber England nicht hergeleitet werden kann. „Auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Rücksichtnahme in Frieden und Eintracht mit England zu leben", das muß am Ende der Wunsch eines jeden deutschen Patrioten sein, mag ihm sonst alles Englische auch noch so sehr in der Seele zuwider sein. Diese Art der Bezugnahme auf England muthet sogar eher etwas kühl an, wenn man dagegen hält, daß der Staatssekretär von Frankreich sagt, es sei in kolonialen Fragen „immer eine leichte und willige Verständigung" erfolgt. Dabei wird man unwillkürlich an das gegentheilige Verhalten Englands uns gegenüber erinnert und dieser Eindruck verstärkt sich noch dadurch, daß Graf v. Bülow später ausdrücklich unsere in Samoa gemachten üblen Erfahrungen als Beispiel anführt, um die Nothwendigkeit der Flottenvermehrung zu beweisen. Ganz besonders erfreulich aber ist es, daß Graf v. Bülow in demselben Zusammenhange unserem mächtigen östlichen Nachbar das Kompliment macht, er habe uns immer ein „freundschaftliches Entgegenkommen" gezeigt, das von unserer Seite „gern" erwidert worden sei. Die Frage bleibt freilich eine offene, ob die geschickten rhetorischen Schachzüge des Herrn Staatssekretärs im Stande sein werden, den üblen Eindruck zu verwischen oder auch nur wesentlich abzuschwächen, den die nationale öffentliche Meinung in ihrem weitaus überwiegenden Theile von den politischen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit empfangen hat.

Graf v. Bülow ist ein viel zu kluger und vorurtheilslos denkender Staatsmann, als daß er von der öffentlichen Meinung ein Opfer der nationalen Ueberzeugung blos seinen Worten zu Liebe verlangen sollte. Wohl aber darf der verantwortliche Leiter unserer auswärtigen Angelegenheiten von der nationalen öffentlichen Meinung fordern, daß sie ihm kein grundsätzliches Uebelwollen entgegenbringt, und deshalb muß rühmend hervorgehoben werden, daß Graf v. Bülow unsere Beziehungen zu Rußland noch an einer anderen markanteren Stelle seiner Rede in bedeutsame Verbindung mit unseren politischen Lebenszwecken gebracht hat. Als realpolitisches Gegengewicht nämlich gegen die Erklärung, daß die verbündeten Regierungen „fest und unwiderruflich entschlossen seien, dem Deutschen Reiche eine angemessene Flotte zu Vertheidigungszwecken zu schaffen", stellte der Staatssekretär des Auswärtigen den Leitsatz auf: „Nur eine gesunde, reale Politik können und werden und dürfen wir treiben, und darum vergessen wir in allem Eifer für unsere überseeischen Interessen nicht, daß unser Centrum in Europa liegt; wir vergessen nicht, daß unsere Stellung auf dem unerschütterten Dreibund und den freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland beruht." Wenn diesen Worten entsprechende Thaten folgen, dann, aber auch nur dann, können und werden die Ausführungen des Grafen v. Bülow die Wirkung haben, die nationalen Besorgnisse, die insbesondere die vielberufene „Bündnißrede" des englischen Kolonialsekretärs Chamberlain wachgerufen hat, zu zerstreuen und das Vertrauen zu der Führung unserer auswärtigen Geschäfte im vollen Umfange wieder herzustellen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. Dezember.

* Rom. Kammer. Bei der Berathung des Budgets des Aeußern erklärte der Minister des Auswärtigen Visconti-Venosta, Italien sei loyal und getreu den Bündnissen, welche die unverrückbare Grundlage der äußeren Politik bildeten. Die Beziehungen zu den Verbündeten würden weiter von unbedingtem gegenseitigen Vertrauen geleitet. Der Dreibund habe, wie die Erfahrung beweis, den Zweck, den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten. Die Beziehungen zu Frankreich seien gute und freundschaftliche, zu England ebenfalls traditionell freundschaftliche.

Berlin. Reichstag. Das Haus zeigt auch heute das Aussehen eines großen Tages. Die Tribünen und Diplomatenlogen sind überfüllt. Am Bundesrathstische erblickt man den Reichskanzler, die Grafen Posadowsky und v. Bülow, Freiherrn v. Thielmann und eine große Anzahl von Kommissaren. Desgleichen sind eine große Zahl von Bevollmächtigten der einzelnen Bundesstaaten erschienen. Die Abgeordneten nehmen in großer Anzahl von Anfang an an der Sitzung Theil. — Zunächst wird das Telegraphenwegegesetz nach kurzer Debatte in zweiter Lesung angenommen. Sodann tritt das Haus in die Fortsetzung der Berathung des Etats ein. Abg. Dr. Lieber (Centr.): Gegenüber den gestrigen Erklärungen der Bundesrathsvertreter wird es unmöglich sein, die Berathungen des Etats mit der Unbefangenheit vorzunehmen, wie sonst. Der Etat hat diesmal so gut wie nichts Aufregendes an sich. Der Schatzsekretär hat aber etwas zu wenig hervorgehoben, daß wir uns wirthschaftlich jetzt eigentlich schon auf der ersten Stufe befinden, die abwärts führt. Unsere Einnahmen und Ueberschüsse sind schon in einer kleinen rückläufigen Bewegung. Wir werden den Etat sorgsam und wohlwollend prüfen, insbesondere auch den Kolonialetat und die Forderung für die ostafrikanische Centralbahn. Unter den obwaltenden Verhältnissen kann ich mich nicht wundern, wenn in dem Voranschlag alle Einnahmen möglichst hoch geschätzt sind, denn nur so kann der Voranschlag zu einer Mehreinnahme von 75 Millionen Mark kommen. Der Herr Finanzminister v. Miquel hat es als eine kluge Finanzpolitik bezeichnet, nicht auf vorübergehende und schwankende Einnahmen dauernde Ausgaben zu gründen. Dementsprechend wird man auch im Reiche gut thun, sich bei der Veranschlagung der Einnahmen Mäßigung aufzuerlegen. Durch die gestrigen Mittheilungen vom Bundesrathstische ist die ganze Angelegenheit erst auf den richtigen verfassungsmäßigen Boden gestellt worden, auf den sie von Anfang an hätte gestellt werden müssen. (Rufe: Sehr richtig!) Der Herr Reichskanzler hat gestern von der Streichung des Küstengeschwaders gesprochen, hoffentlich erklärt er uns, daß das so zu verstehen ist, daß dieses Küstengeschwader erst aufgebraucht und nicht sofort zum alten Eisen geworfen werden solle. Was die Verdoppelung der Schlachtschiffe und der großen Auslandschiffe anlangt, so erlaube ich mir zu bemerken, daß das nicht eine Ergänzung des Flottengesetzes von 1898 ist, nicht ein Ausbau, wie die Herren am Bundesrathstische gestern meinten, sondern vielmehr ein totaler Umsturz des Flottengesetzes von 1898. Unglaublich war das Verhalten eines Preßorgans, dem man offiziöse Beziehungen zu preußischen Staatsorganen nachrühmt, und in welchem der staunenden Welt verkündet wurde, daß die etwa nothwendigen 60 Millionen Mark schon durch die Erhöhung der Getreidezölle bei der Erneuerung der Handelsverträge aufgebracht werden würden. Es war nur ein Akt der Selbsterhaltungspflicht, wenn die Regierung diesen Freundschaftsdienst von ihren Rockschößen abschüttelte. (Heiterkeit.) Redner wendet sich dann zu der Frage über die Aufbringung der Mittel. Die 800 bis 850 Millionen Mark könnten allerdings innerhalb von 14 Jahren durch Anleihen aufgebracht werden. Aber würde das die einzige Anleihe in diesen 14 Jahren sein? Bei meinen Freunden besteht jedenfalls wenig oder vielmehr gar keine Geneigtheit, heute schon darüber sich zu erklären, ob die 800 Millionen Mark, es werden inzwischen wohl noch mehr werden, durch Anleihen zu beschaffen seien oder nicht. Ueberhaupt besteht bei uns keine Neigung, sich heute schon über die in Aussicht gestellten Flottenpläne zu erklären (Heiterkeit links), getreu unserer alten Uebung in Bezug auf Pläne, die erst in Aussicht gestellt sind, ja sogar bei der ersten Lesung einer Vorlage, uns noch nicht zu binden. Die gestrigen Erklärungen hätten sicher einen ganz anderen Eindruck auf das Haus sowohl als auch auf das Land gemacht, wenn nicht gewisse Dinge vorausgegangen wären, so die Art der Veröffentlichung des Flottenplanes durch offiziöse Blätter, die nach den vor 2 Jahren vom Staatssekretär Tirpitz und dem Reichskanzler abgegebenen bindenden Erklärungen keine des Reichstags würdige Behandlung war. Die Regierung hätte sich in erster Linie an den Reichstag wenden müssen. Redner verliest sodann aus der Rede des Kaisers in Hamburg die Abmahnungen von dem öden Parteigezänk u. s. w. Man habe diese Aeußerungen auf die Kanalvorlage beziehen wollen (Heiterkeit), er selbst aber habe sie sofort bezogen und beziehe sie auch jetzt noch auf die Flottenvermehrung. Aber da erinnere er an die Kaiserrede im Schloß vor 1½ Jahren bei dem Schluß der Session, kurz vor Annahme des 1898er Flottengesetzes. Damals habe der Kaiser sich in höchstem Maße anerkennend ausgesprochen. Was ist in den 17 Monaten vorgefallen, das in dem Herzen unseres erhabenen Herrschers solche Wandlung hat herbeiführen können, daß er in dieser Weise in Hamburg sprach? Nur unverantwortliche Rathgeber können das bewirkt haben: verantwortliche Rathgeber sind das nicht gewesen, dafür lege ich die Hand in's Feuer. (Heiterkeit.) Es giebt Leute, die die Laufbahn vom Kommunisten bis zum Agrarier durchschritten haben, die von der Höhe ihrer Parteilosigkeit herab ein Recht zu haben glauben, die Parteien als überlebt zu bezeichnen und zu verdächtigen. (Große Bewegung.) Ich vertraue darauf, daß Se. Majestät bald einsehen wird, daß man ihn über die Wünsche und Ansichten des deutschen Volkes falsch unterrichtet hat. Redner legt sodann dar, daß von allen seit 10 Jahren geforderten Schiffen der Reichstag nur 11 Prozent abgelehnt, dagegen 89 Prozent bewilligt habe. Redner verwahrt das Centrum dagegen, in solchen Dingen wie die Flottenfrage politische Handelsgeschäfte zu treiben. Wie sei ein solcher Verdacht möglich gegenüber einer Partei, die ohne jede Gegenleistung das Bürgerliche Gesetzbuch, die Militärgerichtsordnung und Anderes angenommen habe. Allerdings könne sich das katholische Volk so lange nicht wohl fühlen, als für dasselbe Ausnahmebestimmungen bestünden und Chikanen möglich seien, wie jetzt neuerdings in Bochum. Auch das katholische Volk, so schließt der Redner, hängt in Liebe und Treue am deutschen Vaterlande. (Beifall.) Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Ich muß mein lebhaftes Bedauern aussprechen über einzelne Aeußerungen des Vorredners. Die Aeußerungen Sr. Majestät in Hamburg sind nur ein Ausdruck der Sorge des Monarchen um sein Volk und sein Land. Es kann dem Kaiser nicht verwehrt werden, sein Volk zur Einigkeit zu mahnen und dabei seinen Wünschen einen kräftigen Ausdruck zu geben. Präsident Graf Ballestrem: Eine passende Berührung der Aeußerung des Kaisers kann den Mitgliedern des Reichstags nicht verwehrt werden. Ich würde der Bedeutung des Kaisers zu nahe treten, wenn ich authentischen Aeußerungen so geringen Werth beilegte, daß ich ihre Berührung nicht zuließe. Der Herr Vorredner aus dem Hause hat meiner Ansicht nach die passende Form durchaus gewahrt. (Beifall.) Das erkläre ich dem Reichskanzler gegenüber. Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) weist zunächst auf die Gewohnheit seiner Partei hin, die Worte des Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen, und stimmt dann finanzpolitisch im Wesentlichen dem Abg. Lieber bei. Es sei nicht richtig, dauernde Ausgaben auf schwankende Einnahmen zu stützen, und auch der Bau von Kriegsschiffen sei eine dauernde Ausgabe. Weiter kommt Redner ausführlich auf die Samoafrage zu sprechen und spricht seine Befriedigung über das Abkommen aus. Er hoffe, daß keine geheime Verabredung mit England bestehe (Bravo rechts) in Verbindung mit der Regelung der Samoafrage. Seine Freunde seien darüber nicht ganz ohne Besorgniß, ebenso darüber, daß nicht etwa geheime Zusicherungen an Amerika gemacht worden seien auf Kosten unserer deutschen Landwirthschaft. Amerika dürfe stets nur mit dem Wohlwollen behandelt werden, welches Amerika uns selbst bezeuge. Zu bezweifeln sei, daß Deutschland ein Industriestaat sei, wie der Reichskanzler dies auf dem Diner anläßlich des Geographen-Kongresses behauptet habe. Die Landwirthschaft sei thatsächlich das Rückgrat Deutschlands. Von dem Fürsten Hohenlohe als süddeut-

Meine Frau sagt:
Triumph-Seife
ist doch die beste für Wäsche und Haushalt